



Amos Helms ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kasachstan.

## PARLAMENTSWAHLEN IN KASACHSTAN

### UMSTRITTENER VERLAUF, UNUMSTRITTENER PRÄSIDENT

*Amos Helms*

Aus den kasachischen Parlamentswahlen am 15. und 16. Januar 2012 ist die Regierungspartei Nur Otan des Staatspräsidenten Nursultan Nasarbajew mit einem klaren Sieg hervorgegangen. Während die Beobachter der OSZE die Wahlen aufgrund mangelnder Transparenz als undemokratisch bewerteten, bezeichneten Wahlbeobachter der GUS den Verlauf als offen und transparent. Doch unabhängig von der Einschätzung des Wahlprozesses – auf die Regierungsbildung und die künftige Arbeit der Regierung werden die Wahlergebnisse keinen Einfluss haben. Eine Opposition wird es im kasachischen Parlament, der Majlis, auch künftig de facto nicht geben. Von dort sind also weiterhin keine Impulse für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erwarten, und sie fänden in der Bevölkerung auch wenig Widerhall. Denn diese sieht in Präsident Nasarbajew mehrheitlich einen Garanten für die als bedroht empfundene innere Sicherheit. Wirtschafts- und Energiekooperationen, wie sie kürzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Nasarbajew in Berlin vereinbart hat, könnten dagegen zur Öffnung des autoritär regierten, rohstoffreichen Landes beitragen.

### DIE KASACHISCHE PRÄSIDENTIALREPUBLIK

Kasachstan ist laut aktueller Verfassung aus dem Jahr 1995 eine Präsidentialrepublik, in der sich die Macht auf den Präsidenten konzentriert und das Parlament eine untergeordnete Stellung einnimmt. Dies war nicht immer so. Die Verfassung von 1993 definierte Kasachstan noch als

parlamentarische Demokratie.<sup>1</sup> Parallel zum Präsidenten wählte das Volk einen Vizepräsidenten, der eine stellvertretende Funktion im vollen Umfang innehatte. Dieses Amt wurde in der Verfassung von 1995 gestrichen. Vertreterfunktionen werden seitdem nur noch im Fall des Todes des Präsidenten vom Senatspräsidenten übernommen. Der Ministerpräsident dagegen ist heute zwar formal Oberhaupt der Regierung und darf die Mitglieder seines Kabinetts vorschlagen, jedoch hat er keine Entscheidungsbefugnis über die Auswahl der Minister, die ihm unterstellt sind.<sup>2</sup> Dadurch besitzt er keine politische Schlagkraft, stattdessen wird er oft als Marionette des Präsidenten bezeichnet.

**Der Ministerpräsident ist formal Oberhaupt der Regierung, jedoch hat er keine Entscheidungsbefugnis über die Auswahl der Minister, die ihm unterstellt sind.**

Eine demokratische Entwicklung des Parlaments hat seit Inkrafttreten der neuen Verfassung nicht stattgefunden. Im Gegenteil, seitdem hat sich ein autoritäres Regierungssystem entwickelt. Die Majlis, das einzige vom Volk direkt gewählte demokratische Gremium, stimmt zwar über Gesetzesvorlagen ab, diese müssen jedoch vom Senat bestätigt und vom Präsidenten unterzeichnet werden. Der Senat wiederum besteht nur zu etwas mehr als Zweidrittel aus demokratisch gewählten Volksvertretern. Diese 32 Senatoren entstammen den Maslichats, vergleichbar den deutschen Landtagen. Die restlichen 15 Senatoren werden vom Präsidenten ernannt. So verwundert es nicht, dass es bislang zu keinen öffentlichen Zwistigkeiten zwischen den Kammern des Parlaments und dem Staatspräsidenten gekommen ist. Als Nasarbajew einmal einen Gesetzesentwurf des Parlaments ablehnte, der ihm durch eine Verfassungsänderung per Referendum die Präsidentschaft bis 2020 sichern sollte, sahen Kritiker darin lediglich ein ausgeklügeltes System des Präsidenten, seine Wünsche durch Vertreter des Parlaments verkünden zu lassen, um die Reaktion der Öffentlichkeit zu testen.

1 | Vgl. <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/155.0.html> [20.03.2012].

2 | Vgl. „Die Regierung Kasachstans und Ministerium Kasachstans“, eu-asien.de, <http://www.eu-asien.de/Kasachstan-Informationen/Uebersicht-Kasachstan/regierung-und-ministerien-Kasachstan.html> [19.04.2012].

## VORGEZOGENE NEUWAHLEN IN ANGESPANNTER SITUATION

Als Anfang November 2011 fast die Hälfte der Abgeordneten in der Majlis den Präsidenten um die Auflösung des Parlaments bat, geschah auch dies sicher nicht ohne die ausdrückliche Befürwortung Nasarbajews. Am 15. November 2011 entsprach der Präsident dem Antrag der Abgeordneten und entließ das Parlament. Als Grund für die Bitte um

Auflösung nannten die Antragsteller die im Jahr 2012 zu erwartenden Herausforderungen in der Wirtschaftsentwicklung des Landes.<sup>3</sup> Die allgemein angespannte Situation im

**Zwischen Juni und November 2011 war es in mehreren kasachischen Städten zu insgesamt fünf Bombenanschlägen gekommen. Hinzu kamen seit Juni anhaltende Streiks und Demonstrationen.**

Land dürfte die Entscheidung jedoch wesentlich stärker beeinflusst haben als Befürchtungen um die Konjunktur. Zwischen Juni und November 2011 war es in mehreren kasachischen Städten zu insgesamt fünf Bombenanschlägen gekommen. Hinzu kamen seit Juni anhaltende Streiks und Demonstrationen in Westkasachstan, die Mitte Dezember gewaltsam von Sicherheitskräften beendet wurden. Eskaliert waren die Demonstrationen am 16. Dezember in Shanaosen, einer Stadt unweit des Kaspiischen Meeres, in der hauptsächlich Arbeiter der Gasförderindustrie leben. Es kam nach offiziellen Angaben zu 17 Toten und über 100 Verletzten.

Das Krisenmanagement der Regierung angesichts dieser Ereignisse wurde von der Bevölkerung, auch von Nasarbajew-Anhängern, kritisch betrachtet. Die beschönigenden Darstellungen in den offiziellen Nachrichten wurden durch Aufnahmen auf Youtube konterkariert. Hier waren zahlreiche Handyvideos zu sehen, die zeigten, wie Sicherheitskräfte anscheinend wahllos auf Demonstranten einschlugen und sogar schossen. Erst einige Tage später besuchte der Präsident die Krisenregion. Er entließ medienwirksam seinen Schwiegersohn Timur Kulibajew, den Leiter von Samruk, einer Dachorganisation von Firmen aus allen Wirtschaftsbereichen, die auch für die bestreikten Erdölfirmen zuständig war<sup>4</sup>, kündigte eine Untersuchungskommission

3 | Vgl. „Депутаты мажилиса обратились к президенту с просьбой о роспуске палаты“ (Majlis-Abgeordnete baten den Präsidenten um die Auflösung der Kammer), Nowosti Kasachstan, 10.11.2011, <http://newskaz.ru/politics/20111110/2108221.html> [20.04.2012].

4 | Vgl. <http://sk.kz/?lang=en> [20.04.2012].

unter Beteiligung der UNO an und versprach, die Verantwortlichen zu bestrafen.

## WAHLKAMPF UND WAHLERGEBNISSE

Mitten im Wahlkampf ließ Präsident Nasarbajew das Medienrecht ändern, mit negativen Folgen für die ohnehin nur in Ansätzen vorhandene unabhängige Berichterstattung. Das am 28. Dezember 2011 vom Senat verabschiedete „Gesetz für Fernseh- und Radiosendungen“, das gleichermaßen die Zeitungen und Zeitschriften betrifft, stieß international auf Kritik.<sup>5</sup> Befürchtet wird, dass es durch die Verschärfung der Strafen für Gesetzesverstöße zu einer stärkeren Selbstzensur der Journalisten kommt. Zudem müssen sich alle Rundfunksender neu registrieren lassen. Journalisten fühlen sich durch dieses Gesetz noch stärker entmündigt als zuvor.<sup>6</sup> Sie müssen damit rechnen, wegen politischer Äußerungen im Fokus der Staatssicherheit zu stehen.

**Journalisten müssen damit rechnen, wegen politischer Äußerungen im Fokus der Staatssicherheit zu stehen.**

So kam es kürzlich zu einer Razzia gegen die oppositionelle Zeitung *Vzglyad* und zur Festnahme ihres Chefredakteurs Igor Vinyavskiy. Der Vorwurf lautet, sie hätten mit ihrer Berichterstattung über die Vorfälle in Shanaosen zum sozialen Unfrieden beigetragen. Im Kontext der Demonstrationen wurden auch Vladimir Kozlov, der Parteivorsitzende der nicht zugelassenen Alga-Partei, und der Oppositionsaktivist Serik Sapargali festgenommen.<sup>7</sup> Allen Festgenommenen wird vorgeworfen, für die Unruhen in Westkasachstan mitverantwortlich zu sein, den sozialen Frieden gefährdet und die verfassungsrechtliche Ordnung in Frage gestellt zu haben.

Die kasachischen Wähler hatten am Wahltag zwischen insgesamt sieben von ursprünglich acht zugelassenen Parteien

5 | Stellungnahme des OSZE-Repräsentanten für Freiheit der Medien (RFoM), die den Präsidenten auffordert, ein Veto gegen das Gesetz einzulegen, <http://osce.org/fom/86713> [19.04.2012].

6 | Vgl. Interview mit dem Vorsitzenden der Media Allianz Kasachstans, Adil Jalilov, *Zakon.kz*, 30.01.2012, <http://internews.kz/newsitem/30-01-2012/17461> [11.03.2012].

7 | Vgl. „Freedom House Condemns Arrest of Kazakh Activists and Journalist“, Freedom House, <http://freedomhouse.org/article/freedom-house-condemns-arrest-kazakh-activists-and-journalist> [10.02.2012].

zu entscheiden. Kurzfristig von der Wahl ausgeschlossen wurde die Partei Rukhaniyat. Sie erhebt den Anspruch, sich für die Umweltprobleme in Kasachstan einzusetzen, und wird daher auch als „Die Grünen Kasachstans“ bezeichnet. Begründet wurde der Ausschluss mit formalen Fehlern in den Registrierungsunterlagen: Die Namen von Kandidaten und ihre Funktionen in der Partei sollen nicht übereingestimmt haben.

Tabelle 1

**Zur Wahl stehende Parteien in den kasachischen Parlamentswahlen 2012**

Partei	Kurzbeschreibung
Nur Otan	Partei des Präsidenten, verfügt über ein flächendeckendes Netzwerk und die meisten Mitglieder. Die Basis der Partei besteht vor allem aus Staatsbeamten und -angestellten sowie Studenten und Geistlichen. In ihrer heutigen Form ist die Partei das Ergebnis der Fusion der Otan-Partei, die bis 2007 vor allem aus dem Präsidenten nahe stehenden Funktionären bestand, und der Assar-Partei, die unter der Führung der Tochter des Präsidenten, Dariga Nasarbajewa, als Partei der Intellektuellen und der Medien galt. In diesem Bündnis fusionierten außerdem die Agrar-Partei Kasachstans und die Bürgerpartei Kasachstans.
Ak Zhol	Die Demokratische Partei Kasachstans Ak Zhol (kasachisch: „Strahlender Weg“), 2002 gegründet, steht nach eigenen Angaben für Demokratie, Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit. Politisch spielte sie zuletzt keine nennenswerte Rolle mehr. Derartiges wird von ihr momentan auch nicht erwartet, da ihr neuer Parteivorsitzender Azat Peruashev selbst bis vor kurzer Zeit noch Mitglied der Nur Otan war. Besonders in den Anfangsjahren versammelten sich in der Ak Zhol viele Nasarbajew-Kritiker.
PPK	Partei der Patrioten Kasachstans (PPK) unter Leitung von Senator Gani Kassimov. Obwohl schon im Jahr 2000 gegründet, hat es die PPK nicht geschafft, sich in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie erzielte schon bei den vorherigen Wahlen nur schwache Ergebnisse von 0,55 Prozent im Jahr 2004 und 0,78 Prozent im Jahr 2007. Als wichtigstes Anliegen verfolgt sie nach eigener Darstellung die „nationale Wiedergeburt Kasachstans“, den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats einschließlich einer Marktwirtschaft unter aktiver Beteiligung der Bürger an der Politik sowie die Verbesserung des Lebensstandards und des Gesundheitswesens.
Aul	Themen der Sozialdemokratischen Partei Aul („Dorf“), im Jahre 2002 gegründet, sind die Entwicklung des Agrarsektors sowie die demokratische Entwicklung der kasachischen Gesellschaft.
OSDP-Azat	Die Gesamtnationale Sozialdemokratische Partei Azat (OSDP-Azat, „Freiheit“) entstand 2009 aus einer Fusion der Gesamtnationalen Sozialdemokratischen Partei und der demokratischen Partei Azat.

8 | Miras Nurmukhanbetov, „Досым Сатпаев: „Это последние выборы для президента““ (Dossim Satpaev: Das sind die letzten Wahlen für den Präsidenten), Guljan.org, 17.01.2012, Vgl. <http://guljan.org/ru/news/komments/2012/January/1223> [20.04.2012].

Adilet	Die Demokratische Partei Adilet („Gerechtigkeit“), gegründet 2004, gibt an, sich für die demokratische wie auch wirtschaftliche Entwicklung Kasachstans einzusetzen. Sie gilt als Pro-Nasarbajew-Partei, ohne jedoch politisch großen Einfluss zu besitzen.
KNPK	Die Kommunistische Volkspartei Kasachstans (KNPK) existiert seit 2004 und zählt zu den Unterstützern des Präsidenten. Der Politikwissenschaftler Dossim Satpaev bezeichnet sie auch als „Klon-Partei“ von Nur Otan. <sup>8</sup> Auch sie stellt damit keine Opposition im eigentlichen Sinne dar.

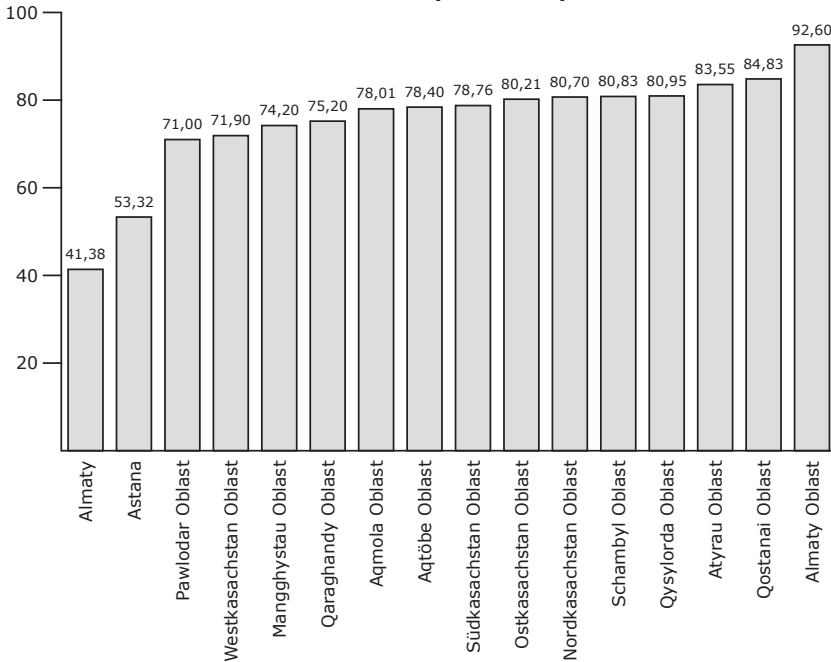
Der Wahlkampf wurde vor allem von Nur Otan dominiert. Die Partei des Präsidenten war mit Plakaten, Bannern und Informationsständen omnipräsent und vermittelte mit ihrer Werbung den Eindruck, die einzige Partei zu sein, die ganz Kasachstan vertritt. Da der kasachische Staat die Wahlkampagnen der Parteien nicht finanziell unterstützt, hängt es von den parteieigenen Mitteln ab, wie viel in den Wahlkampf investiert werden kann.

Die offiziell angegebene Wahlbeteiligung lag bei 75,07 Prozent. Unter allen Regionen bildeten lediglich die beiden großen Städten Almaty und Astana eine Ausnahme. Die Interpretationen dazu bewegen sich zwischen einem klaren Zeichen des Protests gegen das Wahlvorhaben per se und einem durch Wohlstand begünstigten Desinteresse an den Wahlen. Inwieweit die Unruhen in Westkasachstan und die blutige Beendigung der Streiks im Krisengebiet Shanaosen Auswirkungen auf die Wahlen hatte, ist nicht eindeutig nachweisbar. **Trotz Ausnahmezustands wurden die Wahlen auch im Krisengebiet Shanaosen wie geplant durchgeführt. Es wurde vermutet, dass die Unruhen zu einer stärkeren Wahlbeteiligung führen würden.** Eine der Vorwahlprognosen stellte die Vermutung auf, dass die Unruhen zu einer stärkeren Wahlbeteiligung führen würden, da sich die Bürger in spannungsreichen Zeiten eher aufgerufen fühlten, politisch aktiv zu werden und Verantwortung in Form ihrer Stimmabgabe zu übernehmen.

Die Wahlergebnisse entsprachen den Erwartungen: Nur Otan erhielt mit 80,99 Prozent den größten Anteil der Stimmen. Die Partei Ak Zhol und die KNPK überwandten die Sieben-Prozent-Hürde und zogen somit ins Parlament ein, gefolgt von der OSDP mit 1,69 Prozent und der Aul-Partei mit 1,19 Prozent der Stimmen. Das Schlusslicht bildeten die Adilet-Partei mit 0,83 Prozent und die Partei der Patrioten Kasachstans mit insgesamt 0,66 Prozent der Stimmen.

Abb. 1

### Wahlbeteiligung bei der Parlamentswahl in Kasachstan 2012 (in Prozent)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan,  
[http://election.kz/portal/page?\\_pageid=73,1697015&dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://election.kz/portal/page?_pageid=73,1697015&dad=portal&_schema=PORTAL) [20.04.2012].

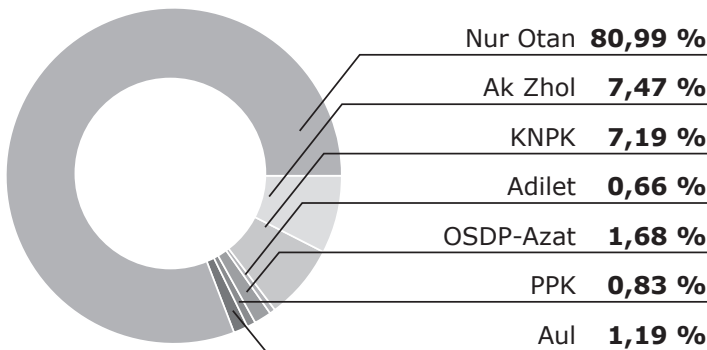
Aus Protest riefen einzelne Vertreter der unterlegenen Parteien zu Protesten und Streiks auf. Der Vorsitzende der OSDP-Azat, Zharmakhan Tuyakbay, wurde wegen der Organisation zweier Streiks in Almaty mit einer Geldstrafe belegt, seine Kollegen Bulat Abilov und Amirshan Kossanov erhielten 18 bzw. 15 Tage „Arbeit für das Gemeinwohl“. An den beiden Streiks nahmen nach Angaben der Organisatoren über 200 bzw. über 1.500 Personen teil, die die Ergebnisse der Wahlen in Frage stellten und dem Staat Wahlbetrug vorwarfen. Kritiker vermuten, die Azat-Partei hätte bei nicht gefälschten Wahlen mit ca. 15 Prozent der Stimmen rechnen und damit die Sieben-Prozent-Hürde deutlich überwinden können.

Vor den Wahlen schwankten die Prognosen zur Anzahl der weiteren Parteien, die neben Nur Otan im Parlament vertreten sein würden, zwischen insgesamt zwei oder drei

Parteien – bislang waren lediglich neun Abgeordnete im Parlament vertreten, die formal nicht Nur Otan angehört hatten. Den westlichen Vorstellungen von Regierungs- und Oppositionsparteien wird das neu gewählte Parlament in jedem Fall nicht entsprechen. Es soll lediglich der Anschein eines demokratischen Mehr-Parteien-Parlaments vermitteln werden.

Abb. 2

### Ergebnisse der Parlamentswahl in Kasachstan 2012



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan, [http://election.kz/portal/page?\\_pageid=153,1697146&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://election.kz/portal/page?_pageid=153,1697146&_dad=portal&_schema=PORTAL) [20.04.2012].

Die Wahlergebnisse 2012 unterscheiden sich kaum von den Ergebnissen aus dem Jahre 2007. Der Verlust von Stimmen und Sitzen zugunsten der beiden neu gewählten Parteien Ak Zhol und KNPk hätte selbst im Fall einer echten Opposition kaum Auswirkung auf Entscheidungsprozesse im Parlament. Von den insgesamt 98 zu verteilenden Sitzen erhielten Nur Otan 83, Ak Zhol acht und die KNPk sieben Sitze.

Von öffentlichem Interesse war die Tatsache, dass die älteste Tochter des Präsidenten, Dariga Nasarbajewa, für Nur Otan ins Parlament einzog und damit nach einer mehrjährigen Politikabstinenz wieder auf der politischen Bühne steht. Nasarbajewa war seit Gründung der republikanischen Partei Assar deren Parteivorsitzende, bis sich diese bei der letzten Parteienreform 2007 der Regierungspartei anschloss. Der Grund ihres Rückzugs aus dem öffentlichen Leben und der Aufgabe ihres Postens im Politbüro war ein Skandal



ihres Ehemannes Rachat Alijew, von dem sie inzwischen geschieden ist. Alijew war in Kasachstan wegen Entführung und Mordes an zwei Bankmanagern verurteilt worden. Ihm wird auch vorgeworfen, einen Staatsstreich geplant zu haben und Gründer einer mafiaähnlichen Organisation zu sein. Durch einen Präsidentenerlass von all seinen Ämtern enthoben, setzte er sich nach Österreich ab. Über die Gründe, warum sich Nasarbajewa nach so vielen Jahren nun doch wieder ins Spiel brachte, kann nur spekuliert werden. Vermutet wird zum einen, dass der Präsident auf ihre Unterstützung in der kommenden Legislaturperiode zählt, zum anderen könnte sie hoffen, sich als Nachfolgerin ihres Vaters anzubieten.

Internationale Wahlbeobachter kamen zu sehr unterschiedlichen Bewertungen über den Verlauf der Wahlen. Die Wahlbeobachter aus GUS-Staaten und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) bewerteten den Ablauf durchweg als positiv, ehrlich und demokratisch.<sup>9</sup> Demgegenüber urteilte die Beobachtungskommission der OSZE, die Wahlen hätten „unter sehr streng reglementierten Bedingungen“ und mit „ernst zu nehmenden Einschränkungen der Wahlrechte der Wähler“ stattgefunden.<sup>10</sup> Die OSZE kritisierte u.a. die Zusammensetzung der Wahlkommission, die überwiegend aus Mitgliedern der Nur Otan

**Die OSZE kritisierte u.a. die Zusammensetzung der Wahlkommission, die überwiegend aus Mitgliedern der Nur Otan bestand.**

bestand, und die Tatsache, dass der Zeitpunkt der Wahlen zu nah an den 20-Jahr-Feiern der Unabhängigkeit Kasachstans gelegen habe, die dem Präsidenten und seiner Partei einen Werbevorsprung verschafft hätten. Die Bilder und Hinweise zu den Jubiläumsveranstaltungen, die die Erfolge der letzten 20 Jahre darstellten, beeinflussten laut OSZE die Wähler bei der Stimmabgabe.

9 | Vgl. „ОБСЕ: выборы в Казахстане далеки от демократии“ (OSZE: Wahlen in Kasachstan sind weit von Demokratie entfernt), *BBC*, 16.01.2012, [http://bbc.co.uk/russian/international/2012/01/120116\\_kazakhstan\\_elections\\_osce.shtml](http://bbc.co.uk/russian/international/2012/01/120116_kazakhstan_elections_osce.shtml) [20.04.2012]; Olga Kovalenko, „Наблюдатели ШОС признали выборы в Казахстане свободными и открытыми“ (SOC-Beobachter haben die Wahlen in Kasachstan als frei und offen anerkannt), *RIA Novosti*, 16.01.2012, <http://www.ria.ru/politics/20120116/540611346.html> [20.04.2012].

10 | OSZE, „Kazakhstan’s parliamentary vote, though well administered, did not meet key democratic principles“, <http://osce.org/odihr/elections/86984> [19.04.2012].

## PRÄSIDENT NASARBAJEW UND DIE NACHFOLGEFRAGE

Einer der offiziell genannten Gründe für die Bitte um vorzeitige Auflösung des Parlaments waren die zu erwartenden wirtschaftlichen Herausforderungen, denen sich Kasachstan 2012 und danach widmen müsse. Eine solche Begründung ist kaum nachprüfbar, zumal die Wirtschaftskrise bereits seit einem Jahr als überwunden gilt und sich die Wirtschaftszahlen seitdem stetig verbessert haben.<sup>11</sup> Vielmehr steht die Frage zur Debatte, inwieweit diese Legislaturperiode genutzt werden muss, um die Nachfolge des Präsidenten zu regeln. Immerhin wird Nasarbajew in diesem Jahr 72 Jahre alt.

In den Jahren 2010 und 2011 wollte Nasarbajew die Weichen für seine weitere Zukunft stellen: Ursprünglich sollte per Referendum über eine Verlängerung seiner Amtszeit um weitere neun Jahre entschieden werden. Die bis 2020 fälligen zwei Präsidentschaftswahlen wollte er „einsparen“. Die Konsequenz aus den unmittelbar folgenden nationalen und internationalen Protesten ziehend, entschied sich Nasarbajew für vorgezogene Präsidentschaftswahlen, die im April 2011 zu seinen Gunsten ausfielen. Die nun vollzogenen vorzeitigen Wahlen der Majlis können als weiterer Schritt Nasarbajews interpretiert werden, seine Macht für die kommenden Jahre zu konsolidieren.

**Die Wahlen der Majlis können als weiterer Schritt Nasarbajews interpretiert werden, seine Macht für die kommenden Jahre zu konsolidieren.**

Nasarbajews Macht scheint mit zunehmendem Alter einer immer stärkeren Absicherung zu bedürfen. Mithilfe ihm nahe stehender Personen, wie etwa seiner Tochter Dariga, und anderer Optionen versucht er eine Nachfolgeregelung zu finden, die ihm unbefristete Mitbestimmungsrechte nicht nur per Gesetz, sondern auch durch von ihm eingesetzte Vertrauenspersonen sicherstellen würde. Die größere Herausforderung liegt jedoch darin, die von ihm ausgeklügelte Machtbalance der verschiedenen Interessensgruppen<sup>12</sup> so

11 | Vgl. World Bank, *Data: Kazakhstan*, <http://data.worldbank.org/country/kazakhstan> [15.02.2012].

12 | Zu nennen sind finanzpolitische Gruppen wie die Gruppe von Timur Kulibajew, dem zweiten Schwiegersohn des Präsidenten. Zu ihr gehört auch Premierminister Karim Massimov. Eine weitere einflussreiche Gruppe, die nicht zum Familienumfeld zählt, ist die Gruppe von Aslan Mussin, dem jetzigen Leiter des Präsidialamts.

zu entschärfen, dass im Falle seiner plötzlichen Abwesenheit nicht Chaos oder gar ein Bürgerkrieg ausbräche. Das Parlament wird in der Frage der Präsidentennachfolge eine untergeordnete Rolle spielen. In seiner derzeitigen Zusammensetzung steht es nur formal für Pluralität und ein Mehrparteiensystem. Tatsächlich stellen die gewählten Personen und Parteien jedoch keine Opposition dar.

**Erste Ansätze eines Machtkampfes um Nasarbajews Nachfolge wurden mit dem Gesetz „Über den Führer der Nation“ vorerst unterbunden.**

In den 20 Jahren der Unabhängigkeit hat sich Kasachstan zu einem politischen System entwickelt, das dem Präsidenten viele Vollmachten gewährt und die Rolle der Clanzugehörigkeit in den Hintergrund gedrängt hat. Erste Ansätze eines Machtkampfes um Nasarbajews Nachfolge zeigten sich in den letzten Jahren und wurden vom Präsidenten mit dem Gesetz „Über den Führer der Nation“ vorerst unterbunden. Dieses Gesetz, im Jahr 2010 verabschiedet, gewährt dem Präsidenten auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt prinzipielles Vetorecht bei allen politischen Entscheidungen. Zudem wird ihm und seiner Familie Amnestie sowie Schutz für alle familiären Besitztümer gewährt.

Mit dieser Absicherung seiner Person ist jedoch noch nicht die Frage der Nachfolge geklärt. In diesem Kontext gibt es auch keine erkennbaren Antworten, wie das politische System nach Nursultan Nasarbajew aussehen soll. Diese Frage berührt nicht nur die Kasachen selbst, sondern auch die vielen ausländischen Firmen und die außenpolitischen Beziehungen Astanas. Kasachstan ist unter der bisherigen Führung der einzige zentralasiatische Staat, der in seiner Entwicklung seit der Unabhängigkeit überwiegend positive Ergebnisse im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung aufweisen kann. Sowohl die kasachischen Eliten als auch die kasachische Bevölkerung fürchtet nichts mehr als chaotische Verhältnisse wie in Kirgisistan<sup>13</sup> oder gar in den Ländern des Arabischen Frühlings. Diese Stabilität beizubehalten fällt umso schwerer, da die bisher etablierten politischen Institutionen formal gegründet wurden, aber nicht unabhängig agieren können. Ein Parlament mit verschiedenen Parteien stellt nicht automatisch eine eigenständige Legislative dar, die im Sinne einer Volksvertretung

13 | Vgl. „Chaos in Kirgisistan. Opposition verkündet Sturz der Regierung“, *Welt Online*, 07.04.2010, <http://welt.de/politik/ausland/article7088822> [19.04.2012].

die Interessen des Volkes gegenüber der Regierung angemessen vertreten könnte.

Noch werden diese formal demokratischen Institutionen von informellen Interessengruppen dominiert. Deren Interessen konzentrieren sich auf den Einfluss auf den Staatsoberhaupt, den Zugang zur Verteilung von sowohl finanziellen als auch administrativen Ressourcen sowie auf die Möglichkeit, sich am Prozess der Machtnachfolge zu beteiligen.<sup>14</sup> Solange keine dieser Interessengruppen einen geeigneten charismatischen Herausforderer des Präsidenten aufstellen kann, sind die Macht des Präsidenten und der Anspruch auf seine Person gesichert.

Es wird aber auch dem Präsidenten selbst schwer fallen, einen geeigneten Nachfolger zu finden, wenn er die auf seine Person zugeschnittene Machtverteilung beibehalten möchte. Um die Stabilität des Landes zu wahren, müssten die Legislative und die Judikative mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit erwerben, damit das Vertrauen der Bevölkerung in Institutionen wie das Parlament oder die Gerichtshöfe wachsen kann. Die Kritiker Nasarbajews wiederum haben es bislang nicht vermocht, langfristige Alternativen aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund wirkte die zum wiederholten Male ausgesprochene Kritik der Opposition, dass ihnen auch dieses Mal nicht genügend Zeit zur Vorbereitung für die Wahlen gegeben worden sei, sehr fade. Auch gelang es bisher keiner Oppositionspartei, mit einem überzeugenden Parteiprogramm einen nennenswerten Anteil der Wählerschaft für sich zu gewinnen.

**Um die Stabilität des Landes zu wahren, müssten die Legislative und die Judikative mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit erwerben, damit das Vertrauen der Bevölkerung wachsen kann.**

Hinzu kommt das Selbstverständnis der Parteien. Politiker sehen diese vorrangig als Sprungbrett für die eigene Karriere und persönliche Interessen. Politische Machtkämpfe drehen sich daher nicht um Inhalte, sondern um die Sicherung von Pfründen. So erklärt sich auch das Ausscheiden der kasachischen „Grünen“, der Rhukhaniyat-Partei: Innerhalb der Partei gab es einen Skandal um eine angeblich

14 | Vgl. Dosym Satpajew und Tolganay Umbetalijewa, „Die Dynamik von Machterhalt und -nachfolge – Die politische Elite in Kasachstan und Perspektiven für den Machtwechsel“, *Zentralasien-Analysen*, Nr. 39, 25.03.2011.

ausstehende Zahlung in Höhe von einer Million US-Dollar durch den zu diesem Zeitpunkt amtierenden Parteivorsitzenden Serikzhan Mambetalin an die ehemalige Vorsitzende und Ehrenpräsidentin der Partei, Altynsas Dzaganova. Diese reichte eine Klage bei der Generalstaatsanwaltschaft ein mit dem Vorwurf, die Parteiführung habe gegen das Wahlgesetz verstoßen. Die Prüfung durch die Generalstaatsanwaltschaft veranlasste die Wahlkommission, die Partei von den Wahlen auszuschließen.<sup>15</sup>

## HERAUSFORDERUNGEN DES NEUEN PARLAMENTS

Neben der Stärkung der demokratischen Institutionen werden die Zunahme der Islamisierung und der Einfluss radikalislamischer, wahabitisch geprägter Gruppen in Teilen der Bevölkerung zu den Herausforderungen des neuen Parlaments zählen. Terroranschläge wie im vergangenen Jahr

könnten sich wiederholen. Die Sicherheitsvorkehrungen in öffentlichen Verwaltungsgebäuden und Einkaufszentren wurden seitdem sichtlich verstärkt. Neben dieser Behandlung von Symptomen muss sich die kasachische

Regierung aber auch der Frage widmen, wie und in welcher Form sie auf diese Herausforderung reagiert. Die Bombenanschläge zeigen, in welchem Maß die zunehmend auseinanderdriftende Gesellschaft durch extremistische Tendenzen gefährdet ist.

Dies betrifft auch die Zunahme nationalistischer Tendenzen, die sich gegen internationale Abkommen und Vereinbarungen wenden und eine Kasachisierung des Landes fordern. Diese Stimmen sehen in den Wirtschaftsabkommen mit China und Russland einen Ausverkauf des eigenen Landes<sup>16</sup>. Noch spielen diese Zwischenrufe keine tragende Rolle, aber die vom Präsidenten Nasarbajew aufgebaute Parität der verschiedenen Stämme und Interessengruppen wird dadurch zunehmend in Frage gestellt.

**Die Bombenanschläge zeigen, in welchem Maß die zunehmend auseinanderdriftende Gesellschaft durch extremistische Tendenzen gefährdet ist.**

15 | Dzaganova wurde an einem weiteren Parteitag am 07.01.2012 wieder zur Vorsitzenden gewählt und ihr Vorgänger aus der Partei ausgeschlossen.

16 | Vgl. G. R. Dadabayeva, „Kazakh Nationalism in Eurasian Context“, [http://rusnauka.com/9\\_KPSN\\_2011/Politologia/3\\_83990.doc.htm](http://rusnauka.com/9_KPSN_2011/Politologia/3_83990.doc.htm) [19.04.2012].

Sollte der Präsident in der jetzigen Situation vorzeitig aus seinem Amt scheiden, gäbe es berechtigten Anlass zur Sorge um die Stabilität und Sicherheit des Landes. Dies wäre auch die Gelegenheit für Exilpolitiker, nach Kasachstan zurückzukehren. Es wäre aber auch die Stunde der Eliten im Land, ihre Interessen gegenüber Konkurrenten durchzusetzen. Keiner dieser Gruppen oder Personen wird ein Interesse am Erhalt des Status Quo, der Einheit Kasachstans, nachgesagt. Szenarien wie der Zerfall des Landes und Bürgerkriegszustände rücken auf einmal in Sichtweite. Und genau diese Szenarien schrecken die Bevölkerung Kasachstans ab und binden sie an ihren autoritären Präsidenten. Zu ihm – das haben die Wahlergebnisse trotz aller Kritik gezeigt – gibt es derzeit keine Alternative.

Dies soll nicht über die zivilgesellschaftlichen Kräfte des Landes hinwegtäuschen, die bisher im Rahmen des Möglichen ihre Chancen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders nutzen und sich auch durchaus kritisch zur aktuellen Politik äußern. Neben öffentlichen Demonstrationen (wie zuletzt in Almaty) geschieht dies vor allem in Internetforen und Blogs, die in dem riesigen Flächenland die beste Plattform zur Meinungsäußerung bieten und räumliche Distanzen unwichtig werden lassen. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure werden auch zukünftig, insbesondere in der Nach-Nasarabajew-Ära, Politik nicht nur kommentieren, sondern auch mitgestalten können.

## **DEUTSCH-KASACHISCHE BEZIEHUNGEN**

Deutschland hat die Kontakte zu Kasachstan in den vergangenen Jahren intensiviert. Wirtschaftliche Interessen stehen hier im Vordergrund: Es geht um die Rohstoffabsicherung im Bereich der Seltenen Erden, also derjenigen Metalle, die zur Fertigung von Hightechprodukten wie Computerprozessoren benötigt werden. Das Gesamtvolumen der im Rahmen des Besuches am 8. Februar 2012 von Präsident Nasarabajew in Berlin unterzeichneten Wirtschaftsverträge beläuft sich auf ca. vier Milliarden Euro.

**Das Gesamtvolumen der im Februar von Präsident Nasarabajew in Berlin unterzeichneten Wirtschaftsverträge beläuft sich auf ca. vier Milliarden Euro.**

Deutschland geht es jedoch nicht nur darum, die starke Abhängigkeit von China im Rohstoffbereich zu verringern. In der Zentralasienstrategie<sup>17</sup> der Bundesregierung kommt zum Ausdruck, dass es Deutschland um eine werteorientierte wirtschaftliche Zusammenarbeit geht. Verwiesen wird z.B. auf die soziale Verantwortung von Firmen für ihre Mitarbeiter, wie sie im Modell der Sozialen Marktwirtschaft betont wird. Für Deutschland besteht neben den wirtschaftlichen Vorteilen auch die Chance, im Bereich der Ausbildung nach deutschem Vorbild aktiv zu werden und Kasachstan somit nicht nur an Deutschland, sondern auch enger an Europa zu binden. Diese Nähe zu Europa könnte zum Garant für die weitere Demokratieentwicklung Kasachstans werden. Denn an demokratischen Beispielen mangelt es in der direkten Nachbarschaft.

17 | Vgl. Auswärtiges Amt, „Zentralasienstrategie“, 06.07.2011, <http://auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien> [19.04.2012].